

Hajo Hülsdünker:

## *Fremdsprachenunterricht in Niedersachsen vor der Einführung des Europäischen Binnenmarktes*

Tagungsbericht, FMF-Kolloquium in Osnabrück

Zu obigem Rahmenthema führte der niedersächsische Landesverband des Fachverbandes Moderne Fremdsprachen in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Weser-Ems am 8. Oktober 1990 an der Universität Osnabrück ein Kolloquium für Lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen durch. Über 500 Pädagogen waren der Einladung des FMF gefolgt. Die Veranstaltung erhielt ein besonderes Gewicht durch die Teilnahme des Niedersächsischen Kultusministers, Prof. Dr. Rolf Wernstedt, der das Forum nutzte, um die fremdsprachenpolitischen Vorstellungen der neuen Landesregierung ausführlich darzustellen.

In seinen Begrüßungsworten ging der Präsident der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Rainer Künzel, auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer in einem überregionalen Rahmen ein. Er stellte heraus, daß das Öffnen neuer Märkte Chancen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer darstelle. Ohne Kenntnisse in den Fremdsprachen und insbesondere der Nachbarsprachen blieben Schulabgänger aber weitestgehend chancenlos.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Osnabrück, Ursula Flick, wies in ihrem Grußwort auf den Westfälischen Frieden hin, dessen Bedingungen im Friedenssaal der Stadt Osnabrück ausgehandelt worden seien. Seit vielen Jahren unterhalte Osnabrück neben anderen Partnerstädten auch mit Haarlem in Nordholland eine intensive Partnerschaft, an der sich auch Osnabrücker Schulen jährlich beteiligten.

### *Fremdsprachenunterricht*

Der Osnabrücker Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Asholt wies in seinem Beitrag darauf hin, daß eine europäische Dimension im Unterricht nur mit mehr Fremdsprachenunterricht an Hochschulen und Schulen in erreichbare Nähe rücken würde. Er forderte u. a. einen Lehramtsstudiengang Italienisch für die Osnabrücker Hochschule und forderte den Kultusminister auf, die Einschränkungen im Bereich Landeskunde, die die alte Landesregierung in den Prüfungsordnungen für Lehrämter vorgenommen hatte, wieder rückgängig zu machen.

Der Niedersächsische Kultusminister eröffnete sein Grundsatzreferat mit Überlegungen zur allgemeinen Sprachpolitik in Europa und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland. Europa sei in den vergangenen Jahren in Bewegung geraten, was u. a. zu einer großen Migration in den Westen geführt habe. An den Schulen seien im starken Umfang Schüler anzutreffen, die aus verschiedenen Kulturen stammten. Hierauf habe der Fremdsprachenunterricht seiner Meinung nach flexibel zu reagieren. Es reiche nicht mehr, nur eine oder zwei Fremdsprachen als "Bildungssprachen" zu unterrichten, vielmehr müsse Fremdsprachenunterricht verstärkt in einem "europäischen Gesamtzusammenhang" gesehen werden und Teil einer multikulturellen Erziehung werden. Die Bemühungen Europas, auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet zu kooperieren, ergäben die Notwendigkeit, sich zu verständigen. Dieses zu ermöglichen, sei Aufgabe der Schule, aber auch der betrieblichen Ausbildung und der Erwachsenenbildung.

Kenntnisse in möglichst vielen Fremdsprachen sind nach Meinung des Kultusministers eine "Schlüsselqualifikation" für alle Bevölkerungsgruppen. Nur hierdurch sei eine Mobilität im Berufsleben erreichbar. Ein besonderes Gewicht käme auch der Kooperation der Hochschulen im internationalen Verbund zu. Neben sprachpraktischen Kenntnissen in 2 europäischen Kultursprachen für alle Schüler und Kenntnisse in einer weiteren Fremdsprache für Gymnasialschüler sei insbesondere auch eine soziokulturelle Kompetenz der Schüler anzustreben.

Eine Herausforderung für den institutionalisierten Fremdsprachenunterricht am Gymnasium stelle dabei neben der Erschließung der Literatur und Kultur der Zielsprache auch die Vermittlung von speziellen Kenntnissen aus dem kommunikativen Bereich dar. Hierbei sei vor allem an die Vorbildung späterer Ingenieure, Rechtsanwälte oder Angehörige des mittleren und höheren Managements in der Wirtschaft zu denken, für die schon heute Fremdsprachenkenntnisse unverzichtbar seien.

### *Schulisches Fremdsprachenangebot*

Für die Praxis des Fremdsprachenunterrichts sieht Prof. Wernstedt vor allem folgende Konsequenzen:

- Die Fremdsprachenfolge und die Anzahl von Fremdsprachenangeboten müßten überdacht werden. In den Schulen dürften nicht nur Englisch- und Französischkurse angeboten werden. Das "Hamburger-Abkommen" der KMK sei überholt und müßte den modernen Erfordernissen angepaßt werden.

- Die Dauer der Langzeitlehrgänge müsse überprüft werden. 6 Jahre statt 9 für die 1. Fremdsprache und 4 Jahre statt 6 für die zweite seien mögliche Alternativen.
- Sprachkönnen der Schüler sei genauso wichtig wie Kenntnisse in der Literatur einer Kultursprache. Zu diesem Zwecke seien auch Kurse mit einer beschränkten Zielsetzung denkbar.
- Bei der Planung und Durchführung von Fremdsprachenkursen seien die Bedürfnisse und Interessen der Schüler verstärkt zu berücksichtigen.

### *Englisch als lingua franca versus vielsprachiges Europa*

Die Forderung der Wirtschaft nach Englisch als lingua franca sei aus betriebsökonomischen Gesichtspunkten heraus verständlich und müßte ernst genommen werden. Daneben sei aber die Erhaltung der sprachlichen Vielfalt in Europa erforderlich. Die Bewahrung der kulturellen Verschiedenheit sei erklärtes Ziel der Europäischen Gemeinschaft und würde von den Mitgliedsstaaten fast einhellig mitgetragen.

Fremdsprachenangebote müßten verstärkt regionale Erfordernisse mit berücksichtigen. Über einen Ausbau des Niederländischangebotes an niedersächsischen Schulen müsse nachgedacht werden.

### *Ausweitung des Fremdsprachenangebotes*

In der kommenden Zeit sieht der Kultusminister folgende Möglichkeiten, das Fremdsprachenangebot an niedersächsischen Schulen auszuweiten:

1. Vermittlung von 2 Fremdsprachen für möglichst viele Schüler, verpflichtend für Schüler an Gymnasien und Realschulen.
2. Erweiterung des Fremdsprachenangebotes auf die dritte Fremdsprache nicht nur für Schüler an Gymnasien.
3. Möglichst frühzeitiger Beginn der Fremdsprachen, z. B. Englisch bereits in der 3. Klasse der Grundschule.
4. Früherer Beginn der 2. Fremdsprache.
5. Ausbau des bilingualen Unterrichts und Schulung einer sozio-kulturellen Kompetenz.
6. Auch an berufsbildenden Schulen Ausbau von Fremdsprachenkursen.

Abschließend wies der Minister daraufhin, daß aufgrund der weiterhin angespannten Haushaltslage nur wenige Mittel für Neueinstellungen am Gymnasium vorhanden sein werden. Die projektierten 1000 Neueinstellungen von Lehrern pro Jahr würden vor allem die Schulformen Grundschule und Berufsbildende Schulen berücksichtigen, an denen noch ein großer Bedarf bestehe.